



## Rundschreiben 32/2022

Magdeburg, 21. September 2022

### Geplanter Strompreisdeckel der Bundesregierung

#### Einleitung in die Thematik:

Der Krieg in der Ukraine, die darauffolgenden Wirtschaftssanktionen auf russische Öl- und Kohlelieferungen und der Stopp der russischen Gaslieferungen haben zu einer lange nicht gekannten Energieknappheit in Westeuropa geführt. Verstärkt werden die Probleme durch den heißen Sommer, der wegen des Regenmangels in vielen Regionen zur Leistungsreduzierung von Wasserkraftwerken führte. Zusätzlich führten die niedrigen Wasserstände der Flüsse dazu, dass Kohle- und Kernkraftwerke mit Flusswasserkühlung heruntergefahren oder abgeschaltet werden mussten. Auch die gravierenden technischen Probleme der französischen Kernkraftwerke, die für die Abschaltung von etwa einem Viertel der französischen AKW verantwortlich sind, tragen zum Strommangel in Europa bei.

Alle diese Verknappungen treffen auf ein durch die Politik in den 1990er Jahren vollständig liberalisiertes System der Mengen- und Preisregulierung am Strommarkt, in welchem Verknappungen infolge der systemimmanenten Spekulationen auf den Preis zu den entsprechenden Überreaktionen führen. Aus dem gleichen Grund wurden bei einem Stromüberangebot wie im Coronajahr 2020 die Strommengen kurzzeitig zu negativen Preisen gehandelt.

Mittlerweile erreichen die Strompreise an der Börse ein Niveau von bis zu 100 Ct je kWh und die Regierung hat die Gefahr solcher extrem hohen Preise für die Wirtschaft und den sozialen Frieden erkannt. Die sich ergebende Frage, wie diese Preisextreme für die Stromverbraucher gedämpft werden sollten, führt zu verschiedenen Lösungsansätzen:

Analog zur Absenkung der Mineralölsteuer wird nun darüber diskutiert, den Endkundenpreis durch diverse Deckel vom Handelspreis zu entkoppeln. Dieses Vorgehen ist nachvollziehbar, aber auch teuer für den Staat. Im Gegensatz zur Mineralölsteuersenkung versucht der Staat nunmehr, in die erst von ihm geschaffenen Strommärkte einzugreifen. Das erscheint aus einer Vielzahl von Gründen fragwürdig:

- 1) Der übergroße Anteil der Strommengen (bis zu 80%) wird nicht an der Börse gehandelt, sondern über langfristige Lieferverträge zwischen Erzeuger und Abnehmer vereinbart. Würde die Politik hier ansetzen, wäre das nicht nur ein Eingriff in Marktmechanismen, sondern auch in bestehende Verträge.
- 2) Eine Deckelung der Handelspreise an der Börse würde dazu führen, dass teure Erzeuger keinen Strom mehr erzeugen werden und somit zusätzliche Knappheiten auftreten und in der Folge Stromausfälle drohen. Hierzu gibt es eine Reihe von Pressemeldungen, (z.B. <https://finanzmarktwelt.de/energiekrise-eu-will-strompreis-bei-200-euro-deckeln-weg-in-die-mangelwirtschaft-245047/>), die sich mit den Verlautbarungen der EU-Kommissionen zu einer Strompreisgrenze von 18-20 Cent je kWh decken. Neben diesen pauschalen Vermutungen wurde u.a. in Tagesschau.de berichtet, dass dieser Deckel möglicherweise nur die Solar- und Windkraftanlagenbetreiber betreffen soll.

---

#### Hauptgeschäftsstelle:

Maxim-Gorki-Str. 13 Tel. 0391/73969-0  
39108 Magdeburg Fax 0391/73969-33

VR-Nr. 10787  
[info@bauernverband-st.de](mailto:info@bauernverband-st.de)  
[www.bauernverband-st.de](http://www.bauernverband-st.de)

#### Geschäftsführender Vorstand:

Olaf Feuerborn (Präsident)  
Sven Borchert (1. Vizepräsident)  
Maik Bilke (Vizepräsident)  
Lutz Trautmann (Vizepräsident)

#### Hauptgeschäftsführer:

Marcus Rothbart  
Bankverbindung:  
IBAN: DE81 8109 3274 0107 0058 49  
BIC GENODEF1MD1  
Steuer Nr. 102 / 141 / 05085  
UST-ID Nr.: DE199246805

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/zufallsgewinne-uebergewinnsteuer-gaspreise-strompreise-strommarkt-gewinndeckel-energieerzeuger-101.html>)

Auch wenn der Eingriff nun vermutlich nicht mehr direkt an der Börse, sondern durch eine nachgelagerte Abschöpfung beim Erzeuger erfolgen soll, wären die Folgen für die Erzeuger noch schwieriger absehbar, da nicht klar ist, ob dann möglicherweise auch die außerhalb der Börse (z.B. in PPA-Verträgen) gehandelten Strommengen betroffen wären (siehe auch <https://www.wiwo.de/politik/europa/umverteilung-am-strommarkt-von-der-leyens-milliarden-bluff-/28687122.html>).

Leider beziehen sich die aktuellsten Veröffentlichungen zum Strompreis auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft nur auf die Strompreisentwicklung bis 2021 (<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/strompreise-bestandteile.html>), so dass von dem verantwortlichen Ministerium wenig dazu beigetragen wird, die gegenwärtig geplanten Maßnahmen zu erläutern und eine sachliche Diskussion zu ermöglichen.

#### Handlungsempfehlung für Biogasanlagenbetreiber:

Aufgrund der Tatsache, dass die allermeisten Biogasanlagen für 18-20 Cent keinen Strom mehr erzeugen können, sollten sich alle Anlagenbetreiber kurzfristig an ihre Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP wenden und Ihnen mitteilen, dass bei einer Einführung dieser Abschöpfungsgrenze der Biogasstromanteil an der deutschen Stromversorgung (aktuell ca. 4,5 GW, was etwa 10% der gesamten deutschen Stromerzeugung entspricht) ziemlich schnell drastisch auf die Strommengen aus Mist und Gülle reduziert werden würde.

Es sollte in der Argumentation darauf verwiesen werden, dass die Politik durch eine Vielzahl von Gesetzesänderungen (EEG, TA Luft, BimschG, AWSV, LAI-Beschluss, Mittelspannungsrichtlinie, DüV) dafür gesorgt hat, dass die Kosten in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind, ohne dass die Einnahmen angepasst wurden (z.B. durch die Pflicht zum Bau einer Umwallung, den Einbau von NO<sub>x</sub>-Sensoren oder SCR-Add-blue Kats, die zunehmende Pflicht zur Anlagenzertifizierung nach Mittelspannungsrichtlinie und den erforderlichen Neubau von Gärrestbehältern). Hinzu kommen die Preisanstiege für die Inputstoffe infolge höherer Dünger- und Dieselkosten. Nun hat Biogas erstmals die Chance, an der Börse zumindest für einige Monate Gewinne zu erwirtschaften, da droht die Politik mit einer Deckelung der Erzeugerpreise auf einem Niveau, welches noch unterhalb der EEG-Vergütung liegen würde.

#### Weitere Einschätzungen:

Die Einschätzung der Bundesregierung, dass die Stromerzeuger aus dem Wind-, Wasser-, Solar-, Kohle- und Atomstrombereich gegenwärtig extrem hohe Gewinnmargen erwirtschaften und dass man diese Gewinne staatlicherseits teilweise abschöpfen muss, um die Stromkunden (egal ob privat oder gewerblich) zu entlasten, ist nachvollziehbar. Allerdings ist sprachlich zu differenzieren: Eine Strompreisabschöpfung durch einen Strompreisdeckel ist keine Gewinnabschöpfung, da die Produktionskosten vollkommen außer Acht gelassen werden.

Ein Strompreisdeckel für den Erzeuger wäre ein Eingriff in den Strommarkt und führt schlimmstenfalls dazu, dass Frankreich dann noch mehr (und billigeren) Strom in Deutschland einkaufen würde. Bei niedrigeren Preisen könnte auch die inländische Stromnachfrage wieder ansteigen und es wäre eine Stromknappheit zu befürchten. Zudem geht jegliches Vertrauen in die Funktionsweise von politisch einst beschlossenen Preisbildungssystemen verloren und der jahrelang angestrebte und teilweise verpflichtend vorgeschriebene Wechsel der Biogasanlagen von der EEG-Festvergütung in das Marktprämienmodell würde sich als völlig sinnfrei erweisen.

Ebenso sind inhaltliche Punkte der Strompreisabschöpfung nicht geklärt: Betrifft dies nur die an der Börse gehandelten Strommengen (d.h. alle erneuerbaren Erzeuger, weil diese über das EEG bislang zum Verkauf an der Börse gezwungen waren) oder auch die langfristig

vereinbarten Verträge mit Festvergütungen? Wird an der Börse direkt eingegriffen oder erfolgt erst im Nachgang eine Rückforderung beim Erzeuger?

Es ist sehr bedauerlich, dass man für die sogenannte Gewinnabschöpfung keine vernünftigeren Wege sucht. So könnte man analog zu den 1990er Jahren einen zusätzlichen Steuersatz („Solidaritätszuschlag“) auf sehr hohe Gewinne erheben und würde damit alle Firmen erreichen: Impfstoffhersteller, Mineralölkonzerne, Energiehändler und Waffenhersteller - denn Kriegsgewinne entstehen mitnichten nur bei den Stromerzeugern. So hat sich der Aktienkurs des Rüstungsherstellers Rheinmetall von etwa 80 € im Durchschnitt des Jahres 2021 im Jahr 2022 mehr als verdoppelt.

Ebenso ist zu hinterfragen, warum es nicht gelingt, unsere aktuellen Gaslieferanten hinsichtlich der Preise z.B. beim Gas zu einem solidarischen Handeln zu bewegen und warum man die Gewinnabschöpfungen nicht auch bei den gas- und kohleimportierenden Großhändlern in Erwägung zieht (<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/bis-zu-200-millionen-us-dollar-pro-lieferung-wie-energiehaendler-mit-dem-export-von-us-erdgas-nach-europa-ein-vermoegen-machen-c/>)

Warum schränkt man das zur Verfügung stehende Finanzvolumen nicht ein? Hier plant die EU-Kommission stattdessen, dass die finanziellen Risiken der auf den Strommärkten tätigen Finanzinvestoren „eingedämmt und angemessen abgesichert“ werden müssen. Die Frage, ob nicht zuletzt auch das reichlich vorhandene billige Geld einen Mitanteil an der spekulativen Preisexplosion hat, wird nicht gestellt.

([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda\\_22\\_5490](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_22_5490))

#### Fazit:

Es ist darauf zu setzen, dass der individuelle Kontakt von Anlagenbetreibern zu unseren Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition etwas bewegen kann, bevor in den nächsten Tagen Entscheidungen getroffen werden. Und wenn es denn schon unbedingt ein Strompreisdeckel bei den Erzeugern sein muss, dann sollte dieser zumindest technologiespezifisch erfolgen. Ein Strompreis von 20 Cent ist immer noch das 4fache der bisherigen Preise bei Kohle- und Atomstrom und mehr als das doppelte bei Wind- und Solaranlagen (außer Altanlagen). Bei Biogasanlagen und Gaskraftwerken würden 18 Cent aber noch nicht einmal die Kosten decken!

Für Rückfragen stehen wir gerne bereit.



Marcus Rothbart  
Hauptgeschäftsführer



Thorsten Breitschuh  
Referent

Liste mit den Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien aus Sachsen-Anhalt:

- [Dr. Herbert Wollmann; SPD \(Wahlkreis 66, Altmark\)](#)
- [Katrin Budde; SPD](#)
- [Dr. Franziska Kersten; SPD \(Wahlkreis 67, Börde-Jerichower Land\)](#)
- [Martin Kröber; SPD \(Wahlkreis 69, Magdeburg\)](#)
- [Karamba Diaby; SPD \(Wahlkreis 72, Halle\)](#)
- [Dr. Marcus Faber; FDP](#)
- [Ingo Bodtke; FDP](#)
- [Steffi Lemke; Bündnis 90/Die Grünen](#)